

## **GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG:**

### **Hochschule neu gestalten. LAK und lakog niedersachsen fordern Umdenken zum Semesterstart 2022**

Hannover, 25.04.2022

Die LandesAStenKonferenz Niedersachsen (LAK) und die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten in Niedersachsen (lakog niedersachsen) fordern die niedersächsischen Hochschulen auf, die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Covid-19-Pandemie zu nutzen, um die Hochschulen im Sinne von Chancengleichheit und Inklusion neu zu gestalten.

„Es liegen nun zwei Jahr Pandemie hinter uns. Die zur Bekämpfung der Pandemie veranlassenen Maßnahmen haben die Chancenungleichheit unter Studierenden, Lehrenden und Beschäftigten offensichtlich gemacht und teils deutlich verschärft“, erläutert Dr. Silvia Lange von der lakog niedersachsen.

Während finanziell gut situierte Studierende ohne Care-Aufgaben und Einschränkungen ihrem Studium problemlos von zu Hause aus nachgehen konnten, sahen sich Studierende und auch Beschäftigte mit Care-Aufgaben und/oder körperlichen beziehungsweise psychischen Einschränkungen mit nicht bewältigbaren Herausforderungen konfrontiert. Da Frauen immer noch die Hauptlast an Care-Tätigkeiten tragen, waren und sind sie besonders betroffen und häufig am Rande der Erschöpfung.

Gleichzeitig wurde durch die notgedrungene Flexibilisierung von Arbeits- und Prüfungsformen, digitale Lehrformate sowie erweiterte Formen des Nachteilsausgleichs marginalisierten Gruppen eine Teilhabe ermöglicht und damit Teilhabeperspektiven über die Pandemie hinaus eröffnet. Die Landesverordnung zur mobilen Arbeit kann als ein erster institutioneller Schritt in die richtige Richtung gewertet werden.

„Wir fordern deswegen, die ergriffenen Maßnahmen aus Perspektive der Chancengleichheit zu evaluieren und positive Entwicklungen zur Erweiterung der Teilhabe zu institutionalisieren. Es darf kein Zurück in den ‚alten Normalzustand‘ geben“, ergänzt Pippa Schneider von der LAK. Weiter fordert sie: „Zur Umsetzung dieser Maßnahmen und zur Neuausstattung von Lehrräumen muss die Landesregierung zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen und die Hochschulen durch entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen unterstützen!“

Dr. Lange (lakog niedersachsen) ergänzt: „Mit einem Zurück zum ‚old normal‘ schaden die Hochschulen nicht nur einzelnen Betroffenen, sie schaden vor allem sich selbst: Sie konterkarieren ihre Gleichstellungs- und Vereinbarkeitspolitik, machen wissenschaftliche Karriere – nicht nur für Frauen – noch unattraktiver und verschärfen den bereits vorhandenen Fachkräftemangel im Verwaltungs- und Technikbereich.“

Die Forderungen beider Verbände finden sich im Anhang.



**lakog niedersachsen**

Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten  
an Hochschulen in Niedersachsen

Ansprechperson: Dr. Jenny Bauer, Tel.: 0511-92 96 84 58, E-Mail: [lakog-niedersachsen@hs-hannover.de](mailto:lakog-niedersachsen@hs-hannover.de)

## **Forderungen von LAK und Iakog niedersachsen**

Wir fordern **die Hochschulen** auf,

- Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie aus Perspektive von Chancengleichheit und Inklusion systematisch zu evaluieren
- Die für die Pandemie-Bewältigung eingeführten wirkungsvollen Instrumente und Maßnahmen weiterzuführen und dauerhaft zu institutionalisieren
- Hybride Lehr-, Lern- und Arbeitsformate beizubehalten und wo nötig entsprechende Mittel für die Nachrüstung von Räumen, Arbeitsplatzausstattung etc. bereitzustellen
- Die Teilhaber aller, aber insbesondere derjenigen mit Care-Aufgaben und Einschränkungen langfristig sicherzustellen und damit ihre Selbstverpflichtungen in Bezug auf Vereinbarkeit und Inklusion in Handeln umzusetzen
- Insgesamt zu einer chancengerechten und inklusiven Organisation zu werden, indem sie auf die unterschiedlichen Bedarfe bei Studierenden wie Beschäftigten eingehen und insbesondere vulnerable Gruppen in den Blick nehmen

Wir fordern **die Landesregierung** auf,

- Die nachpandemische Neuerfindung bzw. Erneuerung der niedersächsischen Hochschulen systematisch zu unterstützen
- Entsprechende zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen
- Wo nötig, die rechtlichen Rahmenbedingungen so anpassen, dass Hochschulen sich noch stärker zu chancengerechten und inklusiven Organisationen weiterentwickeln können
- Die Situation der Hochschulen explizit zu berücksichtigen – im [Bericht](#) des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie fand diese im Themenblock III „Bildung, Schule, Familien, Kultur, Ehrenamt und Sport in Zeiten der Pandemie“ trotz vielfacher Anknüpfungspunkte befremdlicherweise keinerlei Erwähnung